

## Leserbriefe

## Integration ist nur ein Wort

Zu „Scharfe Kritik an Schwabens Asylpolitik“ (Seite 1) vom 17. April: Abschiebungen sind das erste Mittel der Wahl, so scheint es, und es entsteht der Eindruck, dass die beste ZAB die mit den meisten Rückführungen ist. Integration kommt nur in Schlagworten vor. Es soll laut Ministerium Arbeit schnellstmöglich aufgenommen werden, aber im Aufenthaltsrecht fehlt dann die Möglichkeit, über Arbeit hierbleiben zu dürfen. Wer in einem Landkreis gut eine Ausbildungsduldung bekommt, läuft beim Umzug in einen anderen Kreis Gefahr, diese wieder zu verlieren. Viele Ermessensentscheidungen verschwimmen in der Intransparenz. Alle sind bemüht und engagiert, Behörden, Ämter, Wohlfahrtsverbände, scheitern aber an den gesetzlichen Hürden und unüberschaubaren ministeriellen Weisungen. Vielleicht bedarf es eines Asylministers und Asylkoordinierungsstellen, die alle Rechtsgebiete in einen Guss bringen und im konkreten Fall die Kompetenz haben, aktiv eine Lösung zu bieten, die nicht in Abschiebung besteht. **Martin Gaertner**, Augsburg

## Immer nur mehr Waffen

Zu „Berlin startet Waffen-Initiative für die Ukraine“ (Seite 1) und zum Kommentar von Stefan Lange „Kiew braucht jeden Schuss“ am 18. April: Statt immer mehr Waffen, Munition und sonstiges Material zur Kriegsführung an die Ukraine zu liefern, ist eine massive Initiative notwendig, damit dieser überflüssige Konflikt und das weitere Leiden der ukrainischen Bevölkerung schnell beendet werden kann. Dazu gehört nicht nur das Gespräch mit dem Aggressor Russland, sondern auch die Einwirkung auf die ukrainische Führung, dass auch diese von ihren Maximalforderungen abrücken könnte, anstatt nach immer mehr Material zur weiteren Kriegsführung zu rufen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass jedem Ruf danach Folge geleistet wird. **Hagen Lüttge**, Fuchstal

## Wo bleibt der Frieden?

Ebenfalls dazu: Berlin liefert ein drittes Patriot-System mit dazugehörigen Raketen aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine. Die Kosten belaufen sich auf eine Milliarde Euro. Den Kampf, heißt es im Kommentar, habe Deutschland eröffnet und müsse diesen nun bis zum Ende durchfechten; die Atommacht Russland solle endlich müde gemacht werden. Das ist völlig realitätsfremd und außerdem von den allermeisten Deutschen nicht gewollt. Auf dem langen Weg zum Schlusspunkt vernachlässigt Deutschland aufs Größte seine Hausaufgaben im eigenen Land wie Infrastruktur, medizinische Versorgung, Pflege, Bildung etc.. Wann startet Deutschland endlich ernsthaft und mit Nachdruck eine Friedensinitiative und kümmert sich um die eigenen Probleme? **Alfred Reng**, Neuburg/Donau

## Falsche Vorgaben

Zu „Fahrverbote für Klimaschutz sind vom Tisch“ (Seite 1) vom 16.4.: Der Verkehrssektor verfehlt seine Klimaziele, und die links-grüne Gemeinschaft heult auf und schreit sofort nach dem Tempolimit. Sollte man sich nicht einfach überlegen, dass es vielleicht daran liegt, dass die Vorgaben und Ziele einfach falsch bzw. zu hoch angesetzt sind? Wenn der FC Augsburg sich vornimmt, in der nächsten Fußballsaison Deutscher Meister zu werden und es dann natürlich nicht schafft, liegt das dann nicht daran, dass die Ziele zu hoch gesteckt waren? Genauso sehe ich das im Falle der Vorgaben für den Verkehr. Die Messlatte liegt ein-

fach viel zu hoch. Und was das Tempolimit angeht, hätte ich gar nichts dagegen einzuwenden, wenn man dabei realistisch bleiben würde. Wenn aber zum Beispiel der BUND oder der Abmahnerverein Deutsche Umwelthilfe Tempo 100 auf Autobahnen und 80 auf Landstraßen fordern, dann schießt man damit weit übers Ziel hinaus und wird daher außerhalb der ideologisch getriebenen Grünen beim Bürger kaum Zustimmung finden. Eine Regierung, die so etwas einführt, kann sich die nächsten Wahlen abschminken. **Leo Barisch**, Weißenhorn

## Es geht um einen Menschen

Zum Leitartikel von Margit Hufnagel „Debatte über Abtreibung darf nicht zum Kulturkampf werden“ vom 13. April: Margit Hufnagel formuliert es vollkommen richtig, wenn sie schreibt, dass es um Leben und Tod geht. Und genau das macht die Diskussion so emotional und schwierig. Je mehr Erkenntnisse uns die Wissenschaft über die vorgeburtliche Entwicklung des Kindes liefert, desto bewusster muss uns werden, dass es hier um einen Menschen geht, über dessen Leben entschieden wird. Es geht um ein Menschenleben. Deshalb kann ich nicht nachvollziehen, weshalb ein Recht auf Abtreibung gefordert wird. Kann und darf ein Mensch das Recht haben, einen anderen Menschen zu töten, sofern nicht das eigene Leben gefährdet ist? Ist das etwas Rechtsstaatlichkeit? **Benedikt Kretzler**, Neumünster

## Crème de la Crème

Zu „Sauter-Kanzlerin verteidigt Tandler“ (Bayern) vom 19. April: Ein wunderbarer Artikel. Sauter, Tandler, Nüßlein, da ist ja mal die Crème de la Crème Bayerns vertreten. Da handelt die ehrenwerte Frau Tandler einen Deal mit der Staatsanwaltschaft aus, um dann in Revision zu gehen. Von Einsicht keine Spur. Warum sollte man 48 Millionen aus dem Maskendeal auch noch ordnungsgemäß versteuern. Und unverständlich immer noch auf freiem Fuß. Da lob ich mir unser Rechtssystem. **Klaus Mader**, Königsbrunn

## Zurück in die Wählergunst

Zu „Den Grünen bricht die Mitte weg“ (Politik) vom 19. April: Vielleicht sollten sich die Grünen mehr um die Mitte kümmern. Dann wird sicherlich auch wieder die Wählergunst für diese Partei steigen. **Leo Schäffler**, Gundremmingen

## So stimmt's

## Es war ein Stromgenerator im Bild zu sehen

In dem Artikel „Strom für alle Fälle“ auf Geld & Leben vom 18. April ist uns ein Fehler unterlaufen. In dem Bild war keine Powerstation zu sehen, wie es in der Bildunterschrift geschrieben stand, sondern ein Stromgenerator. (AZ)

## Schreiben Sie Ihre Meinung

**Augsburger Allgemeine**  
Briefe an Die Zeitung  
Postfach: 86133 Augsburg  
Fax: 0821/777-2115  
E-Mail: leserbriefe@augsbu-ger-allgemeine.de  
Geben Sie bei Ihren Zuschriften den Artikel an, auf den Sie sich beziehen, und Ihre vollständige Adresse. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass wir nicht jede Zuschrift veröffentlichen können und dass wir uns Kürzungen vorbehalten. Leserbriefe veröffentlichen wir mit Namen und Wohnort. Sie sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion.



Warten auf die Republikaner. Zeichnung: Klaus Stuttgartmann

## Die Spitze des Spionage-Eisbergs

**Leitartikel** Eine Zeitenwende ist auch bei der inneren Sicherheit überfällig. Denn aggressive Mächte konnten in Deutschland viel zu lange ihre geheimen Netzwerke spinnen.



Von Bernhard Junginger

Ziemlich sicher stellt der Fall der beiden Deutschrussen, die in Bayreuth unter dem Verdacht der Agententätigkeit für Moskau festgenommen wurden, nur die Spitze eines gewaltigen Spionage-Eisbergs dar. Wladimir Putin macht keinen Hehl daraus, dass er Deutschland als Feind sieht, weil es die Ukraine gegen seinen Angriffskrieg unterstützt, mehr als jede andere europäische Nation. Da kann Bundeskanzler Olaf Scholz noch so sehr betonen, dass er vermeiden will, dass die Bundesrepublik Kriegspartei wird. Für Putin ist sie das längst.

Schutz gegen einen militärischen Angriff bietet noch die Mitgliedschaft im Nato-Bündnis, vor der Bundeswehr allein hätte Putin wohl wenig Respekt. Während er seine Streitkräfte konsequent auf-

rüstete, wiegte sich Deutschland in Sicherheit und sparte seine eigenen fahrlässig kaputt. Nun ist über die Schlagkraft der deutschen Spionageabwehr, das liegt in der Natur der geheimen Sache, deutlich weniger öffentlich bekannt als über den Zustand der militärischen Landesverteidigung. Sagen wir es so: Einiges deutet darauf hin, dass die deutschen Schlapphüte für Teile der Politik in den vergangenen Jahrzehnten einen ähnlich geringen Stellenwert hatten wie die Soldaten der Bundeswehr. Und ohne die Erkenntnisse von Geheimdiensten befreundeter Länder sähe es noch düsterer aus.

Die Gründe sind in beiden Feldern die gleichen. Deutschland wollte sich nur allzu gern als Staat sehen, der in aller Welt beliebt ist, und dem niemand Böses will. Diese Naivität rächt sich gerade. Autoritäre Mächte konnten in Deutschland jahrzehntlang weitgehend unbehelligt ihre heimlichen Netzwerke knüpfen. Russland führt seit Jahren einen hybriden Krieg, zu dem Sabotage und Desinformation

gehören. Ziel ist es, die Demokratie verächtlich zu machen, Zwiespalt und Hass zu säen. Immer mehr verdichten sich die Hinweise, dass dabei auch Politiker der AfD eine unrühmliche Rolle spielen.

Von chinesischer Wirtschaftsspionage war zwar zuletzt kaum noch zu hören, doch das mag daran liegen, dass diese erfolgreich war. So haben Firmen aus dem

gen skrupellos hier lebende iranische Oppositionelle. Über ein umfassendes Netzwerk in Deutschland verfügt auch der türkische Machthaber Erdogan.

Der Umstand, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Flüchtlinge, die nach Deutschland strömen, ohne Papiere kommt, macht die Sache nicht einfacher. Auch mit ihrer Zuwanderungspolitik hat es die Bundesrepublik Spionen, Saboteuren, Terroristen oder islamistischen Schläfern zu leicht gemacht. Darum muss die Regierung ihre Naivität ablegen und entschiedener als bisher gegen die Feinde der Demokratie vorgehen. Paranoia oder Panik sind dabei nicht hilfreich, erst recht kein Generalverdacht gegen die vielen in Deutschland lebenden Menschen mit russischer oder anderer Migrationsgeschichte. Denn gerade viele von ihnen, geflüchtete Regimegegner etwa, stehen im Visier feindlicher Agenten. Es braucht also nicht nur eine Zeitenwende bei der Bundeswehr, sondern auch im Kampf gegen Spionage und Propaganda.

## Paranoia oder Panik helfen nicht weiter.

Reich der Mitte heute in einigen Bereichen eher einen Know-how-Vorsprung als Schnüffelbedarf. Der einem Steinzeit-Islamismus anhängende Iran darf in Hamburg mit der „Blauen Moschee“ ein mutmaßliches Spionage- und Propagandazentrum betreiben. Agenten der Mullahs haben nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer auch in Deutschland jüdische Einrichtungen im Visier und verfol-

## Mehr Kinder lernen schwimmen

**Schönes Wochenende** Coronapandemie und Energiekrise hatten es Schwimmanfängern schwer gemacht. Nun gibt es eine erfreuliche Entwicklung, nicht nur bei den Kleinen.

Es waren schwere Jahre für kleine Schwimmanfänger: Erst hatten die Schwimmbäder wegen der Coronapandemie geschlossen, dann wegen der Energiekrise. Personal-mangel und der schlechte Zustand vieler Bäder kamen auch noch dazu. Das hatte dazu geführt, dass deutlich weniger Kinder schwimmen lernten, obwohl das doch so wichtig ist. Alle Eltern, die hoch nervös im Freibad oder am Strand ihre Kleinen keine Sekunde aus den Augen lassen, können ein Lied davon singen.

Doch dieser Trend scheint sich jetzt Gott sei Dank wieder umzukehren. 2023 sind 94.784 Schwimmbadabzeichen ausgegeben worden. Das sind rund 20 Prozent

mehr als im Jahr zuvor und so viele wie seit fünf Jahren nicht mehr. Dies hat die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) mitgeteilt. Den sogenannten Freischwimmer, das Schwimmbadabzeichen Bronze, machten so viele Schwimmschüler wie seit zehn Jahren nicht mehr. Dafür muss man unter anderem 15 Minuten am Stück schwimmen. Erst ab dann gelten Kinder als sichere Schwimmer. Die DLRG ist nach eigenen Angaben die größte Wasserrettungsorganisation der Welt – und die Nummer eins in der Schwimm- und Rettungsschwimmbadabzeichenbildung in Deutschland.

Nach einer Forsa-Umfrage von 2022 im Auftrag der DLRG hatte

sich der Anteil der Nichtschwimmer unter den Sechs- bis Zehnjährigen im Vergleich mit 2017 auf 20 Prozent verdoppelt. Gefahren drohen dann in der Badesaison: Bundesweit ertranken 2023 mindestens 378 Menschen, die meisten davon (62) in Bayern.

Die ermutigenden neuen Zahlen



Gute Nachrichten: Nach Corona und Energiekrise lernen wieder mehr Kinder schwimmen. Foto: Jens Kalauer, dpa

zur Schwimmbadabzeichenbildung betreffen nicht nur Anfänger. Auch die Zahl der gelernten Rettungsschwimmer ist deutlich gestiegen. Allein beim Silber-Abzeichen zählte die DLRG fast 2000 abgelegte Prüfungen mehr (45.525) als im Vorjahr. Damit haben so viele Menschen wie seit zehn Jahren nicht mehr die für die Badeaufsicht nötige Qualifikation erworben. Wie gut das für das Sicherheitsgefühl der Badenden ist, zeigt eine andere Zahl: Nach einer im November vorgestellten Studie des Marktforschungsinstituts Mentefactum fühlen sich 83 Prozent der knapp 1000 Befragten sicherer im Wasser, wenn Rettungsschwimmer in der Nähe sind. **Holger Sabinsky-Wolf**